



Die Natur hat doch noch Freunde

Auch aus einem traurigen Ereignis kann Gutes entstehen: Die Bürgerinitiative Pro Natur „verdankt“ ihr Entstehen einem beispiellosen Kahlschlag am Kienbach: Als zwischen Fischergasse und Kienbachstraße 5 gesunde Bäume einem Kettensägen-Massaker zum Opfer gefallen waren, schworen sich ein paar Anwohnerinnen und Baumfreunde: So geht's nicht weiter. Aus der Gruppe Empörter erwachsen Engagierte, und aus einer Initiative hat sich inzwischen ein Verein gebildet. Und der zog erstmals eine Jahresbilanz, die viele etablierte Parteien mit Stolz erfüllt hätte.

Aus dem monothematischen Baumprogramm wachsen, wie die Pro-Natur-Vorsitzende Karin Casaretto berichtete, viele neue Äste heraus: Zukunftsthemen, die in Tausenden von Rathäusern schon Fachplaner beschäftigen, stehen erst einmal auf der Agenda von Pro Natur

- Baumschutz als Gründungsmotiv und Dauerthema
- Grünplanung
- Schwammstadt als Antwort auf Starkregenereignisse
- erneuerbare Energien wie Geothermie und Wärmeplanung

Aus den sogenannten Bruckerltreffen, benannt nach dem schmalen Brücklein über den Kienbach, auf dem sich die Mitgründerin Christl Voit mit Mitstreitern getroffen hat (es herrschte noch Corona-Alarm), bildeten sich regelmäßige Zusammenkünfte und irgendwann auch die Einsichten, dass eine politische Agenda auch Geld braucht. Deshalb die Vereinsgründung mit festen Strukturen. Und aus dem Zauber des Anfangs realisierte der Verein dann Initiativen, die bald die Herrschinger Kommunalpolitik erschüttern sollten:

- Die Pro-Natur-Aktivisten erstellten eine Baumschutzverordnung, die sich stark an bereits bestehende und rechtsgültige Verordnungen anderer Gemeinden anlehnte.
- Damit dieser Entwurf im Gemeinderat behandelt werden musste, sammelte die Initiative knapp 400 Unterschriften: Damit war der Rat gezwungen, sich mit dem Thema Baumschutzverordnung zu befassen.
- Die geballte Biologie- und Rechts-Expertise renommierter Fachleute lieferte Pro Natur auch gleich mit. In einer Podiumsdiskussion im Kurparkschlösschen waren 70 Zuhörer und mehrere Gemeinderäte Zeugen, wie ein Gutachter, eine Forst-Diplom-Ingenieure und ein Rechtsexperte die Notwendigkeit einer Baumschutzverordnung begründeten.
- In Bürgerversammlungen stellten die Aktivistinnen und PN-Freunde Anträge zur Schwammstadt und zur Öffentlich-Machung des Baumkatasters.
- Pro-Natur-Vertreter arbeiteten im Arbeitskreis Umwelt mit. Dieser Kreis hatte vom Gemeinderat den Auftrag bekommen, einen Entwurf für eine Baumschutzverordnung zu erarbeiten.

- Vor dem Bürgerentscheid zur Baumschutzverordnung versorgte Pro Natur 2500 Haushalte mit Argumenten und klebte 150 Plakate: Die Druckkosten von über 600 Euro zahlte die Vereinskasse. An Infoständen füllte Pro Natur das fehlende Wissen über amtlichen Baumschutz auf. Die Gemeinde hatte jegliche Informationen zu Pro und Contra Bürgerentscheid unterlassen.

- Pro Natur beackerte in bester Vorfeld-Arbeit Gemeinderäte und andere Entscheidungsträger.

Anschließend diskutierten Mitglieder, Besucher und Grünbewegte mit der Vorsitzenden Karin Casaretto, dem zweiten Vorsitzenden Konrad Herz und dem Herr des Geldes und Spezialisten für diffizile Gemeindeordnungs-Fragen, Karl-Heinz Wirth, über die Chancen für grüne Initiativen. Dabei ging es auch um die Standortbestimmungen der örtlichen Parteien. So beklagten Pro-Natur-Leute, dass SPD-Gemeinderäte nicht die Meinung der Parteimehrheit vertreten.

In einer Mischung aus Verwunderung und Belustigung kommentierte der zweite Vorsitzende Konrad Herz den Versuch der Gemeinde, vom Landratsamt die Kosten für den gescheiterten Bürgerentscheid einzutreiben. Nachdem SPD-Gemeinderat Wolfgang Schneider in einer Gemeinderatssitzung den Antrag gestellt hatte, das Landratsamt möge die Kosten für den gescheiterten Bürgerentscheid in Höhe von mindestens 12 000 Euro übernehmen, stellte Herz den Antrag, die CSU-Fraktion möge die Kosten für die Pro-Baumschutz-Plakate und Banner übernehmen, mit denen Pro Natur für eine Baumschutzverordnung im Herbst letzten Jahres geworben hatte. Falls die CSU doch zahlungswillig wäre: Es handelt sich um 650 Euro.

Category

1. Gemeinde

Date

21/04/2025

Date Created

21/03/2024